

Monatsbrief April 2020

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wissen nicht, mit welchen weiteren Einschränkungen wir es zu tun haben werden, wenn euch dieser Monatsbrief erreicht. Wir wissen aber, dass in dieser außergewöhnlichen Situation nur außergewöhnliche Maßnahmen helfen können. Dazu passt eine Äußerung, die Peter Hacks zugeschrieben wird, der gesagt haben soll, es gehe nicht darum, ob Maßnahmen wehtun, sondern, ob sie die richtigen seien. Wer meint, man könne das Virus mit parlamentarischen oder außerparlamentarischen Debatten über die Sinnhaftigkeit der Einschränkung "bürgerlicher Freiheiten" nachhaltig bekämpfen, spielt auf zynische Weise mit Menschenleben. Es geht um eine Güterabwägung zwischen dem Recht auf körperliche Unversehrtheit und dem, was unter "bürgerlichen Freiheiten" verstanden wird. Und die körperliche Unversehrtheit werden wir dringend brauchen, wenn wir, nachdem der Ausnahmezustand gesund überstanden ist, uns der Herausforderung stellen müssen, dafür zu kämpfen, dass die "bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte" nicht dauerhaft Schaden nehmen. Und es wird darum gehen, den Kampf gegen die Ökonomisierung des Gesundheitswesens wieder aufzunehmen. Nicht nur, dass sich die pharmazeutische Forschung allein am Gewinnstreben orientiert, sondern auch die Mediziner wählen lieber Spezialisierungen, in denen man nebenher privat liquidieren kann. Epidemiologie gehört nicht dazu. - Umso höher ist der Einsatz der Ärztinnen und Ärzte und des Pflegepersonals in der jetzigen Situation zu werten. Unsere Forderung sollte sein: 4000 Euro monatlich als Mindestlohn für alle Beschäftigten in den Pflegeberufen (ohne Zuschläge).

Die Nachricht, dass die Kriegsübung "Defender 2020" abgebrochen wurde, hat sich nur zum Teil als zutreffend erwiesen. Mit reduzierter Mannschaftsstärke wird an der Grenze zu Russland weiter Krieg geübt, allerdings ohne die meisten europäischen NATO-Partner. Kein Panzer, kein Fahrzeug hat die Heimreise in die USA angetreten (oder wurde gar verschrottet oder zu einem landwirtschaftlichen Gerät umgebaut!).

Es sieht so aus, als ob der Kalte Krieg vor dem Hintergrund der Pandemie erst so richtig Fahrt aufnimmt. Die westliche "Wertegemeinschaft" denkt gar nicht daran, die Sanktionen gegen z.B. Russland, Venezuela, Kuba und die VR Korea aufzuheben. Im Gegenteil! Heimatliche Medien unterstellen der kubanischen Regierung für deren Hilfe in Krisenregionen "Hintergedanken". Am 28. März bezeichnete die ARD Tagesschau die Ankunft von 15 russischen Flugzeugen in Italien, beladen mit Beatmungsgeräten, medizinischer Ausrüstung und Ärzten, als "Inszenierung der Extraklasse". Und selbstverständlich fand die Ankunft eines russischen Flugzeugs in New York am 1. April mit Atemmasken keine Erwähnung in den "Qualitätsmedien".

Während die auf Profitmaximierung getrimmten und/oder kaputtgesparten Gesundheitssysteme der westlichen Welt zunehmend an ihre Grenzen stoßen, tobt die Propagandaschlacht auf allen Kanälen. Venezuela gerät dabei zunehmend ins Visier. Trump hat ein Kopfgeld auf Maduro ausgesetzt: Dead or alive? Als sich Maduro mit deutlichen Worten dagegen verwahrte, hieß es am 27. März auf tagesschau.de: "Maduro wütet gegen Trump". Das bedarf keines Kommentars zum Stand der Verwahrlosung unserer "Leitmedien".

Ostermärsche in herkömmlicher Form fallen in diesem Jahr dem Virus zum Opfer. Umso wichtiger ist es, die regionalen Aufrufe der Veranstalter zu unterstützen und zu verbreiten: Weltweite Solidarität statt internationale Kriege! Fallt den Kriegstreibern in die Arme und schickt die deutschen Soldaten zurück in die Kasernen! Für eine atomwaffenfreie und entmilitarisierte Zone in

Mitteleuropa! Deutschland raus aus der NATO!

In unserer Partei gibt es eine Fülle von Ärgernissen. Die Auseinandersetzung darüber ist durch das Corona-Virus ausgebremst, jedoch nicht aufgehoben worden. Auch der für den 12. bis 14. Juni angesetzte Bundesparteitag wird nicht zu einer Klärung beitragen können, da er verschoben wird. Der offizielle Beschluss hierzu wird auf der Sitzung des PV am 14. April erwartet. Als gute Grundlage, die parteiinterne Diskussion über angebliche "Neue linke Mehrheiten" fortzuführen, bietet sich das schmale Bändchen aus der Feder von Katja Kipping an, das auch so heißt; kürzlich bei Argument, Hamburg, erschienen, 96 Seiten, 8 Euro. Kipping erklärt u.a. die Eigentumsfrage zu einer verhandelbaren Frage parteipolitischer Schwerpunkte.

Unser Monatsbrief wird über den so genannten Kreisverbandsverteiler kommuniziert. Wir gehen natürlich davon aus, dass die IT-Verantwortlichen in den Kreisverbänden den Monatsbrief an die Mitglieder weiterleiten. Zu unserer großen Überraschung mussten wir jedoch feststellen, dass dies in den meisten Fällen unterbleibt. Der Kommentar eines verantwortlichen Genossen (wir verzichten darauf, ihn zu zitieren) deutet darauf hin, dass ganz bewusst Zensur ausgeübt wird. Das darf natürlich nicht sein! Wir bitten euch daher, sollte in eurem Kreisverband der Monatsbrief nicht an die Mitglieder durchgestellt werden, uns davon in Kenntnis zu setzen, damit wir das direkte Gespräch aufnehmen können.

Herzliche und solidarische Grüße, haltet Abstand und bleibt gesund!

KPF Niedersachsen der Partei DIE LINKE

Für den LandessprecherINNENrat:
Ulrich Vanek und Christine Melcher